

„Homo-Ehe“ Thema im Präsidentschaftswahlkampf

Ohne daß Österreichs Lesben- und Schwulenbewegung etwas dazu tun mußte (außer über die Jahre den Boden dafür aufzubereiten), wurde das Thema „Homo-Ehe“ ein zentrales Thema im laufenden Wahlkampf ums Amt des Bundespräsidenten bzw. der Bundespräsidentin – was uns natürlich sehr freut. Begonnen hatte es am 17. Jänner mit einer entsprechenden Frage an ÖVP-Kandidatin Benita Ferrero-Waldner in einem Interview im *Ö1*-„Mittagsjournal“. Sie weigerte sich allerdings, dazu überhaupt Stellung zu nehmen. Dadurch gab sie „deutlich zu erkennen, daß ihr die Lebenssituation von Lesben und Schwulen in Österreich zumindest egal ist“, erklärte daraufhin Barbara Fröhlich, Referentin der HOSI-Wien-Lesbengruppe, in einer Medienaus-

sendung am selben Tag: „Die Frage war ihr hörbar unangenehm. Entweder hat sie sich nie damit beschäftigt, oder sie tritt in Wahrheit für die Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Lesben und Schwulen ein und war diplomatisch genug, das nicht offen und ehrlich zu sagen. Beides ist in unseren Augen gleich schlimm.“

Keine Kandidatin für Lesben und Schwule

„Mit dieser Haltung stößt sie nicht nur Lesben und Schwule vor den Kopf, sondern auch deren Familienangehörige und FreundInnen. Immerhin sind rund zehn Prozent der österreichischen Bevölkerung homosexuell“, gab HOSI-Wien-Obmann Christian Högl zu



Die HOSI-Wien-Protteste gegen Ferrero-Waldners schwulen- und lesbenfeindliche Statements wurden u. a. auf ORF.ON zitiert



Während Ferrero-Waldner versucht, mit Anspielungen auf die Sanktionszeit zu polarisieren, präsentiert sich Fischer als Mann des Ausgleichs und wirbt mit Slogans wie „Toleranz ist das oberste Prinzip der Demokratie.“

bedenken. „Eine Kandidatin, die offenkundig von vornherein mit einer Gruppe, der mehrere hunderttausend Menschen angehören, nichts zu tun haben will, kann nicht eine Präsidentin aller ÖsterreicherInnen werden. Ferrero-Waldner erweist sich einmal mehr als Marionette ihres Chefs, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, dessen negative Haltung zur Gleichstellung und Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen allerdings sattem bekannt ist. Die HOSI Wien ruft daher Österreichs Lesben und Schwule auf, nicht für Ferrero-Waldner zu stimmen.“

Bereits am nächsten Tag (18. 1.) wurde Ferrero-Waldner abermals auf ihre Haltung zur „Homo-Ehe“ befragt, und zwar in der ORF-„Pressestunde“. Offenbar über Nacht zwecks Schadensbegrenzung von der Partei entsprechend „gebrieft“, erklärte sie, sie sei zwar gegen Diskriminierung und Ausgrenzung, vertrete aber in dieser Frage den „katholischen Standpunkt“. Für die HOSI Wien Grund genug, ihren Aufruf, nicht für Ferrero-Waldner zu stimmen, in einer Aussendung zu bekräftigen. Das peinliche Herumblavieren wurde dann auch in den Tageszeitungen am 19. 1. aufgegriffen und

American Discount

more books, more magazines, more sports...more dreams



3 bookshops VIENNA AIRPORT TRANSIT Gate A + Gate C + Plaza (Shop 4) (Shop 49) (Shop 16)

more bookshops

Kaigasse 6 5020 Salzburg T +43-662-845 640	Jakoministrasse 12 8010 Graz T +43-316-832 324	EKZ Donauzentrum A 1220 Wien T +43-1-203 95 18	Neubaugasse 39 A 1070 Wien T +43-1-523 37 07	Rechte Wienzeile 5 A 1040 Wien T/F +43-1-587 57 72
--	--	--	--	--

Ich bin für die Eingetragene Partnerschaft

kommentiert. Und die Frage zur „Homo-Ehe“ sollte in den folgenden Monaten eine Standardfrage werden, ob in *Woman*, *Falter* oder *KURIER*, wobei ihre Aussagen im *Falter* wieder höhere Wellen schlugen (siehe Kasten auf S. VI). Wie in den letzten *LN* angekündigt, haben auch wir uns um Stellungnahmen von Heinz Fischer und Ferrero-Waldner bemüht. Sie sind auf den folgenden Seiten nachzulesen.

Benitas falsche Aussagen

An und für sich wollten wir die Interviews mit den beiden KandidatInnen unkommentiert stehen lassen, aber angesichts der Unverfrorenheit, mit der Ferrero-Waldner Dinge behauptet, die nicht stimmen, erscheinen uns folgende Korrekturen geboten: So meint sie etwa, „als Außenministerin war ich bisher nicht direkter Ansprechpartner“. Das stimmt – allerdings hat sie sich geweigert, direkte Ansprechpartnerin zu werden, und im Jänner 2001 den Wunsch der HOSI Wien nach einem Gesprächstermin schlicht und ergreifend abgelehnt.

Diese Dinge verdrängt sie wohl genauso gern wie den Umstand, daß sie für all die Debakel, den massiven Sozialabbau, das Chaos und Fiasko der Regierung in den letzten vier Jahren mitverantwortlich ist – immerhin verfügt sie als Kabinettsmitglied über ein Veto im MinisterInnenrat. Apropos Verdrängung: Bezeichnend ist auch, daß Ferrero-Waldner mit keinem Wort auf die nicht erfolgte Rehabilitierung homosexueller NS-Opfer eingeht – was aber nicht weiter verwundert, hat die schwarzblaue Regierung doch eine entsprechende Novellierung des Opferfürsorgegesetzes verhindert.

Ferrero-Waldners Hinweis auf die gute Arbeit ihres Parteifreundes Walter Schwimmer im Europarat ist gelinde gesagt eine Frechheit: Schwimmer hat dort keine einzige Initiative für Lesben und Schwule gesetzt! – Im Gegensatz zu Peter Schieder von der SPÖ, dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Daß Ferrero-Waldner die beiden bloß verwechselt, können wir uns indes nicht vorstellen.

Kurt Krickler

Wie schätzen Sie die Lage von Lesben und Schwulen in Österreich generell ein? Halten Sie ihre Situation für verbesserungsfähig oder im großen und ganzen für in Ordnung?

Heinz Fischer: Natürlich ist die Lage lesbischer und schwuler Menschen in Österreich noch nicht in Ordnung. Ich habe zwar seit meiner Zeit im Nationalrat alle großen Gesetzesreformen für Homosexuelle miterlebt und immer für sie gestimmt, sei das nun die Aufhebung des Totalverbots im Juli 1971 oder die schrittweise Aufhebung seiner „Nachfolgebestimmungen“ in den 80er und 90er Jahren. Beim § 209 StGB mußten wir mit der Aufhebung leider wegen des unglaublich hartnäckigen Widerstands der ÖVP auf den Verfassungsgerichtshof warten. Alle diese schrittweisen, leider oft viel zu spät erreichten Erfolge waren aber „nur“ der Schritt raus aus dem Strafrecht.

Was nun vor allem fehlt, ist die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften. Aus vielen Gesprächen mit Freunden, Bekannten und VertreterInnen von Homosexuellenorganisationen weiß ich, wie sehr homosexuelle Paare darunter leiden, daß sie vor dem Gesetz in Österreich immer noch Fremde sind, sei es nun beim Besuch des Partners/der Partnerin im Spital, beim Mietrecht usw. Daher bin ich für eine umfassende rechtliche Absicherung, die in vielen anderen europäischen Demokratien bereits Realität ist. Dafür wurde in einer Entschliebung des Europarats die „Eingetragene Partnerschaft“ vorgeschlagen. Diesen Vorschlag halte ich auch in Österreich für sinnvoll und vernünftig, denn da wird niemand etwas weggenommen, aber vielen etwas gegeben!

Daneben bedarf es noch eines wirklichen Schutzes vor Diskriminierung im Alltag, also zum Beispiel, wenn jemand nach einem Coming-out plötzlich den Job verliert. Das von ÖVP und FPÖ vorgelegte Gleichbehandlungsgesetz halte ich hier nicht für ausreichend.



Heinz Fischers Antworten zeigen, daß er sich mit der Thematik Homosexuellenrechte seit Jahrzehnten auseinandersetzt

Ihre bisherigen Aussagen zur „Homo-Ehe“ im Wahlkampf haben äußerst vorsichtig geklungen und den Eindruck vermittelt, Sie treten nicht für dieselben Rechte und Pflichten ein. Könnten Sie da Ihre Position präzisieren?

Ehe ist im staatlichen Bereich eine im bürgerlichen Gesetzbuch definierte Rechtsform mit gemeinsamen Rechten und Pflichten. Die katholische Kirche versteht unter Ehe ein Sakrament. Darum denke ich, daß der Begriff „Homo-Ehe“ zu Mißverständnissen und Fehlinterpretationen führen kann und halte – wie gesagt – die „Eingetragene Partnerschaft“, wie sie vom Europarat vorgeschlagen wurde, für eine gute Rechtsform für gleichgeschlechtliche Paare. Die skandinavischen Länder haben uns gezeigt, wie diese Rechtsform schrittweise an die Rechte und Pflichten der Zivilehe herangeführt werden kann.

Bei welcher Gelegenheit haben Sie sich in der Vergangenheit mit den Anliegen von Lesben und Schwulen beschäftigt bzw. auseinandergesetzt? Und wenn ja, mit welchen Anliegen und in welcher Form?

Bei vielen Gelegenheiten: Als Nationalratsabgeordneter habe ich, wie gesagt, ja alle diese Debatten seit der Aufhebung des Totalverbots 1971 mitverfolgt und auch in dieser Zeit schon viele Hintergrundgespräche geführt. Die ersten offizielleren Treffen mit HomosexuellenvertreterInnen fanden in den 90er Jahren statt, als das Thema mehr und mehr an Bedeutung gewann und immer mehr Menschen mutig genug waren, sich zu „outen“ und so eine öffentliche Debatte zu initiieren. Im Oktober 1995 fand ein solches Treffen statt, wo es vor allem um die noch verbliebenen Strafrechtsparagrafen gegen Homosexuelle ging. Soweit ich mich erinnern kann, hatte ich 1998 beim HOSI-Gedenkstein in Mauthausen meinen ersten öffentlichen Auftritt für Ihre Anliegen, wobei es 1998 um die lange hinausgezögerte Anerkennung homosexueller NS-Opfer ging.

Besonders gut erinnern kann ich mich noch an zwei weitere Gelegenheiten: Als ich im Juni 2001 als Nationalratspräsident einer Einladung gefolgt war, bei der Abschlußveranstaltung von *Europride* am Wiener Heldenplatz Grußworte zu sprechen, und dann vor

300.000 Menschen aus ganz Europa der Moderator plötzlich dazu überging, Fragen zu stellen, auf die ich gar nicht vorbereitet war. Soweit ich mich erinnern kann, haben aber meine spontanen Antworten die Zufriedenheit aller gefunden – auch der neben mir stehenden Ulrike Lunacek.

Die zweite Gelegenheit war deswegen so besonders, weil es um die les/bi/schwule Bürgerinitiative „Gleich viel Recht für Gleich viel Liebe“ im Parlament ging, die im Mai 2001 im Parlament überreicht werden sollte. Nun kann der NR-Präsident ja frei entscheiden, ob er solche Initiativen persönlich übernimmt und in welchem Rahmen die Überreichung erfolgen soll. Als die Anfrage kam, das Ganze mit mir persönlich auf der Parlamentsrampe durchzuführen, war ich sofort dazu bereit, weil ich das Anliegen der Initiative – die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften – einfach unterstützte. Die Medien waren sichtlich überrascht, sogar ein Kamerateam des ORF drehte mit, und das Ganze wurde dann auch bei *Help-TV* österreichweit ausgestrahlt. Leider wurde die Initiative dann im Petitionsausschuß recht lieblos behandelt.

Sind Ihnen noch andere Anliegen bzw. Forderungen von Lesben und Schwulen an die Politik in Österreich bekannt? Wenn ja – unterstützen Sie diese?

Neben den Lebensgemeinschaften und dem Diskriminierungsschutz geht es meines Wissens vor allem um die Aufarbeitung rechtlicher Lücken. Ganz konkret weiß ich, daß die Anerkennung homosexueller NS-Opfer im Opferfürsorgegesetz immer noch aussteht, in den drei anderen NS-Entschädigungsgesetzen sind sie ja mittlerweile anerkannt. Ich habe als Präsident des Nationalfonds der Republik Österreich auch immer darauf geachtet, daß es hier zu keiner Ungleichbehandlung kommt, sodaß wir im Nationalfonds die Anträge homosexueller NS-Opfer positiv behandeln konnten. Daneben weiß ich von den noch offenen Fragen rund um den aufgehobenen § 209 StGB: Rehabilitierung, Entschädigung und die Frage, ob die neutrale Ersatzregelung § 207b StGB wirklich notwendig war und ist. Ich habe dazu schon in der ORF-„Presserstunde“

am 7. Juli 2002 gesagt, daß eine solche Ersatzregelung nicht notwendig ist – die Regierungsparteien haben dann aber anders gehandelt.

1995 haben Sie aber aus Koalitionsrason gegen die Berücksichtigung von wegen ihrer sexuellen Orientierung Verfolgter im Opferfürsorgegesetz gestimmt. Tut Ihnen das leid? Und sehen Sie eine Chance, daß diesen Opfern noch Gerechtigkeit und volle Rehabilitierung zuteil werden? Würden Sie als Bundespräsident eine Möglichkeit sehen, in dieser Frage moralischen und anderen Druck auf die Bundesregierung auszuüben?

Fairerweise muß man dazusagen, daß SPÖ-Sozialsprecherin Annemarie Reitsamer im Sozialausschuß bis zuletzt versucht hat, ÖVP-Sozialsprecher Feurstein und die gesamte ÖVP von dieser Idee zu überzeugen. Die SPÖ hat 1995 bereits in der Parlamentsdebatte öffentlich bedauert, daß sie hier unter Druck des Koalitionspartners nicht ihrer eigenen Überzeugung entsprechend abstimmen kann. Diesem damaligen Bedauern kann ich mich nur immer wieder anschließen. Leider wird „von außen“ oftmals unterschätzt, mit welcher Sturheit die ÖVP in jeder dieser Fragen sofort abgeblockt hat, was meiner Einschätzung nach auch mit wesentlichen handelnden Personen in der Bundes-ÖVP zu tun hat, denn die ÖVP-Steiermark unter Waltraud Klasnic zeigt ja, wie es anders gehen kann. Ich denke, daß diese Frage in den nächsten Jahren rechtlich gelöst werden wird. Die wirklich erschütternde Frage ist nur, wie viele homosexuelle NS-Opfer das noch erleben werden können.

Was glauben Sie, könnten Sie als Bundespräsident konkret tun, um die Situation von Lesben und Schwulen in Österreich zu verbessern – und würden Sie dementsprechende Initiativen dann auch setzen?

Zur richtigen Zeit am richtigen Ort das Richtige sagen. Also abseits der Tagespolitik zu grundsätzlichen gesellschaftlichen Fragen öffentlich Stellung nehmen und damit einer weltoffenen, modernen, fairen Sichtweise Gehör verschaffen. Daher werde ich mich in den nächsten Jahren sicherlich nicht verschweigen, wenn es beispielsweise um Eingetragene Partnerschaften geht.

LN: Wie schätzen Sie die Lage von Lesben und Schwulen in Österreich generell ein? Halten Sie ihre Situation für verbesserungsfähig oder im großen und ganzen für in Ordnung?

Benita Ferrero-Waldner: Die Situation von Lesben und Schwulen in Österreich hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten verbessert, heute sind sie im Alltag unserer Gesellschaft präsenter denn je und treten auch selbstbewußter auf. Verbesserungsfähig sind sicher die Rahmenbedingungen des Zusammenlebens, wenn es um zwischenmenschliche Dinge wie z. B. Besuchs- und Auskunftsrechte geht.

Bei welcher Gelegenheit haben Sie sich in der Vergangenheit mit den Anliegen von Lesben und Schwulen beschäftigt bzw. auseinandergesetzt? Und wenn ja, mit welchen Anliegen und in welcher Form?

Ich bekomme natürlich gerade jetzt viele Zuschriften zum Thema, die oft sehr detailliert persönliche Anliegen oder auch die grundsätzlichen Themen von Lesben und Schwulen darlegen. Mich interessieren diese Stellungnahmen sehr, und ich setze mich damit gerne auseinander. Oft geht es dabei um diskriminierende Haltungen im ganz persönlichen Umfeld, um Probleme in der Familie, aber auch um rechtliche Fragen. Ich freue mich auch über diesen offenen und persönlichen Dialog. In diesen Briefen wird mir oft das Vertrauen entgegengebracht, daß ich auch bei unterschiedlichen Auffassungen ein offenes Ohr für andere Meinungen habe.

Als Außenministerin war ich bisher nicht direkter Ansprechpartner. Auf politischer Ebene ist aber z. B. im Rahmen des Europarats die Auseinandersetzung mit den Anliegen der Lesben und Schwulen sehr wohl immer wieder Thema. Es gibt dort auch viele Aktivitäten

und einen breiten Dialog. Mein Freund Walter Schwimmer als Generalsekretär leistet dort gute Arbeit.

Sind Ihnen noch andere Anliegen bzw. Forderungen von Lesben und Schwulen an die Politik in Österreich bekannt? Wenn ja – unterstützen Sie diese?

Mir sind vor allen Dingen die vitalen Fragen des Zusammenlebens bekannt. Ich bin schon immer gegen Diskriminierung und Ausgrenzung eingetreten, und das werde ich auch künftig tun. Vieles ist hier schon in die richtige Richtung bewegt worden, auch hat Österreich die EU-Antidiskriminierungsrichtlinie in Umsetzung. Das begrüße ich sehr. Auch die Frage der Ehe wird thematisiert. Eine Ehe zwischen Mann und Frau, eine Familie mit Kind ist aber eine besonders schutzwürdige Gemeinschaft, dazu bekenne ich mich auch. Ich werde daher nicht für eine gleichgeschlechtliche Ehe eintreten.

Was glauben Sie, könnten Sie als Bundespräsidentin konkret tun, um die Situation von Lesben und Schwulen in Österreich zu verbessern – und würden Sie dementsprechende Initiativen dann auch setzen?

Ich bin sehr dafür, daß schwule und lesbische Paare in selbstverständlicher Toleranz und Offenheit ihren Platz in der Gesellschaft einnehmen. Ich werde daher immer den Dialog suchen, mit den verschiedensten Interessenvertretungen ins Gespräch kommen und mich für konsensuale Lösungen einsetzen.

Alternative Lebenskonzepte und Vielfalt sind keine Bedrohung, sondern durchaus eine mögliche Bereicherung. Gleichwertigkeit, Gleichberechtigung ist etwas anderes als Gleichmacherei. Dieses Bild zu vermitteln ist mir stets ein wichtiges Anliegen. Dialog und Toleranz in unserem ganz persönlichen

„Das sehen auch alle Psychologen so“

Vater und Mutter geben Kindern keinen besseren Schutz als gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

Im *Falter* [12/04 vom 17. 3.] meint Benita Ferrero-Waldner: „Kinder sollen geschützt werden, in einem Umfeld, das durch die Lebensgemeinschaft der Ehe besonders unterstrichen wird.“ Und: „Das ist eben das Besondere einer Ehe: Das ist Mann und Frau, und die Kinder brauchen nun einmal den Vater und die Mutter.“

Dann haben sie den besten Schutz. Das sehen auch alle Psychologen so.“

Es hat in den letzten Jahrzehnten eine ganze Reihe von Studien¹ gegeben, die verschiedene Aspekte der kindlichen Entwicklung in unterschiedlichen Familienkonstellationen untersucht haben.

Ich werde daher nicht für eine gleichgeschlechtliche Ehe eintreten

Lebensumfeld sind der erste Schritt und damit der wesentliche Beitrag zu einem gelebten Miteinander in unserer Gesellschaft sowie letztlich auch ein Beitrag zur globalen Friedenssicherung. Für dieses Miteinander trete ich ein. Ich sehe es als meinen heutigen Auftrag als Außenministerin und selbstverständlichen Auftrag als Bundespräsidentin, auf die Menschen offen zuzugehen und wieder und wieder darauf hinzuweisen, daß Vielfalt auch Reichtum bedeutet.

Sie sagen zwar, Sie seien gegen Ausgrenzung und Diskriminierung von Lesben und Schwulen, sprechen sich aber im gleichen Atemzug gegen die Gleichstellung in Sachen PartnerInnenschaft bzw. Ehe aus. Wie definieren Sie „Ausgrenzung“? Wo beginnt für Sie „Diskriminierung“ – erst wenn Homosexuelle ins Gefängnis geworfen oder wie im Dritten Reich im KZ umgebracht werden? Was verstehen Sie unter Diskriminierung?

Schwule und Lesben dürfen nicht aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Die EU-Richtlinie sieht das ganz klar vor, und Österreich setzt diese Richtlinie auch um. Sie dürfen nicht beim Job benachteiligt werden, bei ihrer Wohnungssuche u.v.m.

Ich kann als Frau gut verstehen, was es heißt, diskriminiert zu werden. Frauen sind immer noch zuwenig vertreten, und oft müssen wir doppelt und dreifach soviel leisten, um anerkannt zu werden. Ich weiß als Frau, was es heißt, „gläserne Decken“ vorzufinden



Ferrero-Waldner beharrt auf ihrer traditionellen Definition von Familie

und für seine Rechte einzutreten. Es ist mir ein zutiefst ehrliches Anliegen, dagegen aufzutreten, auch wenn ich immer wieder – offen oder unterschwellig – dabei belächelt werde. Dabei ist es z. B. auch wichtig, eine Sprache einzufordern, die wertschätzend miteinander umgeht. Es ist eine Frage unseres Miteinanders, unserer Kultur, unseres Aufeinander-Zugehens, eine Achtung vor einander auch in der Sprache zu finden. In meiner gesamten Berufs- und Lebenserfahrung bin ich immer gegen Unachtsamkeiten, Respektlosigkeiten und Ausgrenzung aufgetreten und habe immer eingefordert, Menschen nach Leistung, Kompetenz und nach ihrer

Die Ergebnisse lassen sich leicht auf den Punkt bringen: Nicht Familienstrukturen, sondern die Prozesse in den Familien sind entscheidend für eine positive kindliche Entwicklung: Kinder brauchen feste Bezugspersonen, die sich liebevoll und zuverlässig um sie kümmern und sie mit Respekt behandeln. Ob das eine Frau und ein Mann oder zwei Frauen oder zwei Männer sind, ist unerheblich. Kinder definieren Familie auch zunächst nicht im biologischen und rechtlichen Sinne: Zu ihrer Familie gehört, wer regelmäßig für sie da ist.

Muß man Kinder vor Diskriminierung als Folge der sexuellen Orientierung der Eltern schützen? Nein, denn wenn in der Familie gute Beziehungen herrschen, dann fällt es Kindern auch recht leicht, mit gesellschaftlicher Diskriminierung umzugehen, der sie ausgesetzt sind, weil Eltern beispielsweise homosexuell, übergewichtig oder glatzköpfig sind.

Welche Eltern geben den „besten Schutz“? Elterliche Kompetenz läßt sich messen, indem Eltern gefragt werden, wie sie mit

Persönlichkeit zu beurteilen. Ich tue das mit offenem Herzen und mit meiner ganzen Kraft.

Sie haben gesagt, eine Ehe zwischen Mann und Frau, eine Familie mit Kind sei eine besonders schutzwürdige Gemeinschaft. Verwechseln Sie da nicht Ehe und Kinderhaben? Wenn heute zwei 50jährige einander heiraten, haben sie in der Regel auch keine Kinder mehr. Was ist da der Unterschied zu kinderlosen gleichgeschlechtlichen Paaren?

Das Konzept der Ehe geht grundsätzlich in Richtung Kinder.

Stoßen Sie mit dieser Aussage nicht auch alle alleinerziehenden Mütter und Väter vor den Kopf, wenn Sie Ihnen quasi mitteilen, diese könnten ihren Kindern nicht den besten Schutz angegedeihen lassen?

Ganz im Gegenteil: Ich bewundere sie für ihre Kraft in dieser fordernden Situation. Die Fragen rund um das Kind, die Sorgen aber auch die Freude nicht mit jemandem teilen zu können – das ist immer schwer. Vater und Mutter haben es da gemeinsam leichter, nicht nur finanziell, sondern auch in all den Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

In einem Interview im „Falter“ haben Sie in diesem Zusammenhang die Behauptung aufgestellt, auch alle Psychologen würden das so sehen. Wie kommen Sie zu dieser objektiv unrichtigen Behauptung? Welche Psychologen sind das? Können Sie uns Namen nennen?

Konflikten und Problemsituationen mit und zwischen Kindern umgehen, Streit schlichten, Lösungen finden etc. In einer Vergleichsstudie schnitten lesbische Co-Mütter und nicht-biologische Väter, deren Kinder über künstliche Befruchtung gezeugt wurden, genauso gut ab

Das Idealbild der Familie besteht vor allem im Interesse des Kindes aus Frau, Mann und Kind. Und ein funktionierendes Idealbild wird auch in der psychologischen Praxis als Optimalfall gesehen.

Zahlreiche empirische Studien aus den letzten 15 Jahren haben den Nachweis erbracht, daß Kinder mit offen homosexuell lebenden elterlichen Bezugspersonen keinerlei Entwicklungsnachteile haben, tendenziell sogar einen gewissen Vorteil gegenüber Kindern aus konventionelleren Familienformen, was den Erwerb sozialer Kompetenz und Toleranz betrifft. Wäre es nicht ehrlicher, zuzugeben, daß es sich bei Ihrer Ablehnung um eine subjektive und ideologisch begründete Werthaltung handelt?

Ich kenne diese Studien nicht. Aber ich bin gerne bereit, mich damit auseinanderzusetzen. Das ist keine ideologische Ablehnung, das Wichtigste ist mir das Kind!

Ich möchte abschließend betonen, daß ich die Hofburg für alle Menschen öffnen werde, und es wäre schön, gemeinsam im Gespräch zu bleiben. Ich möchte die Hofburg nicht als Burg, sondern als effizientes Büro für die Anliegen der Menschen führen und Hilfe anbieten, wo ich es kann. Als Bundespräsidentin möchte ich Sie zu diesem Dialog gerne einladen und freue mich auf eine konstruktive Auseinandersetzung. Ich hoffe, Sie können ein ehrliches Aufeinander-Zugehen in mir erkennen und auch auf mich zugehen.

wie biologische Mütter. Lediglich die biologischen Väter zeigten durchschnittlich geringere elterliche Kompetenz als die anderen Gruppen.

Melanie Steffens,
Universität Trier

¹ W. E. Fthenakis: *Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften und kindliche Entwicklung*. In: K. J. H. J. Basedow/H. Kötz/P. Dopffel (Hg.): *Die Rechtsstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften* [S. 351-389]. Verlag Mohr Siebeck, Tübingen 2000.
M. C. Steffens/E. M. Thompson: „Du hast ja Glück: Zwei Mamis!“ oder „Aber die Kinder...“? *Ergebnisse psychosozialer Forschung zu Regenbogenfamilien*. In: M. C. Steffens/M. Ise (Hg.): *Jahrbuch Lesben Schwule Psychologie* [S. 100-116]. Pabst-Verlag, Lengerich 2003.